

Freie Schulwahl für alle bringt längst fällige Diskussion in Gang

Initiantin Anita Gsell und Regierungsrätin Monika Knill kreuzten am Podium vom Frauenforum und der Sekundarschule Grenzstrasse ihre verbalen Klänge. Einig waren sie sich in einem Punkt: Die Diskussion über das Schulsystem ist längst fällig.

Rita Kohn

Für Anita Gsell ist klar: Nur die freie Schulwahl für alle kann den individuellen Bedürfnissen der Kinder gerecht werden. Die Engishoferin – unter anderem Mitbegründerin der Montessori-Privatschule in Engishofen – präsentierte dem zahlreich erschienenen Publikum eine Vielzahl an Aussagen und Zahlen, die dies belegen sollen. Sie sprach von Mobbing, Lehrer-Burn-out und missglückter Zwangsintegration ausländischer Kinder, die zu einem Qualitätsverlust beim Unterricht führe.

Ihre Gegnerin in der Sache, Regierungsrätin Monika Knill, hingegen sprach von der grossen Errungenschaft, die die Volksschule darstelle und erinnerte daran, dass dies heute der einzige Ort sei, an dem Kinder aus allen sozialen Schichten zusammenkämen und lernten, miteinander umzugehen.

Standpunkte bekräftigt

Die Referentinnen bekräftigen in ihren Eingangsvoten noch einmal ihren jeweiligen Standpunkt, bevor Moderatorin Verena Hefti in einen Diskussionsteil überleitete. Dieser sollte die Grundlage für die anschliessende Fragestellung bedeuten. Tatsächlich entwickelte sich an den Tischen schnell eine rege Diskussion, die in die Niederschrift von gemeinsam erarbeiteten Zielen und Ideen mündete. Nach dieser Vorbereitung brachte die Fragerunde denn auch zahlreiche Voten hervor, die von den beiden Interessenvertreterinnen Anita Gsell und Monika Knill beantwortet wurden. So kritisierte etwa ein Vater, dass Regierungsrätin Knill von heute geltender Mitbestimmung in der Schule gesprochen habe. «Ich erlebe davon aber nichts.» Die angesprochene Politikerin wies in ihrer Antwort darauf hin, dass es zwei Formen von Mitbestimmung gebe: Die eine betreffe die Stimmberechtigten, die es in der Hand hätten, an der Schulgemeindeversammlung zum Kurs der Schule Stellung zu beziehen. Beim anderen gehe es um die individuellen Anliegen, die zwischen Eltern und Lehrer oder Schulleitung besprochen würden. Hier müsse die Kompetenz beim Lehrer liegen. Ist eine Situation einmal so verfahren, dass kein Konsens mehr möglich ist, gibt es verschiedene Anlaufstellen.

Kein Schultourismus

Auf die Bedenken eines Votanten, dass die freie Schulwahl zu einer Art Schultourismus führen könnte, meinte Anita Gsell: «Alle Eltern möchten ihre Kinder möglichst nahe bei sich haben. Die Befürchtung, dass bei einem Ja zur Vorlage munter gewechselt würde, sei total übertrieben. Sie räumte aber ein, dass es durchaus Pendler geben könnte, die ihr Kind mit zum Arbeitsplatz nehmen und dort einschulen lassen könnten. In einem weiteren Votum wurde die Befürchtung geäussert, dass der Schulwechsel zu einer Art Flucht werden könnte, wenn ein

Kind mit schulischen Problemen konfrontiert wird. Damit würde eine grundsätzliche Problemlösung unmöglich.

Sich entwickeln

Die verschiedenen Voten zeigten klar auf, dass eine Mehrheit im Saal gegen die freie Schulwahl ist, aber durchaus Entwicklungspotenzial bei der Volksschule ortet. Dies bestätigt auch Regierungsrätin Monika Knill, die darauf aufmerksam machte, dass die Volksschule im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung stünde und stetiger Veränderung unterworfen sei. Dennoch hätte die Diskussion über die freie Schulwahl für alle eine grundsätzlich positive Diskussion über die heutige Position und Aufgabe der Volksschule gebracht.